

dtv

Was ist schiefgegangen in der arabischen Welt? Hoffnungsfroh blickte man im Jahr 2011 auf den »Arabischen Frühling«, drei Jahre später mit Schrecken auf ein beängstigendes Krisengebiet, für das keine Lösung in Sicht scheint. Jahrzehntlang hatten Despoten in Arabien zumindest für eine scheinbare Stabilität gesorgt, dann kam der Wunsch der Menschen nach Freiheit; sie wollten die Regierungen, die sich stets nur um die Eliten gekümmert hatten, nicht mehr, die Staaten zerfielen. Heute gibt es weder Stabilität noch Freiheit, und als einziges identitätsstiftendes Bindeglied bleibt der Islam.

Rainer Hermann beschreibt als ausgewiesener Kenner der arabischen Welt, wie der »Islamische Staat«, dessen Entstehung bis ins Jahr 1999 zurückreicht, durch Staatsversagen und Staatszerfall zu so viel Macht und Zulauf kommen konnte. Und er geht über eine rein politisch-historische Analyse hinaus: Er wagt eine gut begründete Prognose für die weitere Zukunft, erläutert die Rolle des Westens und zieht eine erschreckende Parallele – zum Dreißigjährigen Krieg.

Rainer Hermann, geboren 1956, Dr. phil., Islamwissenschaftler und Diplom-Volkswirt, ist Mitglied der Redaktion der ›Frankfurter Allgemeinen Zeitung‹ und berichtet seit 1996 aus der Türkei und der arabischen Welt. Von 1991 bis 2008 lebte er als Korrespondent mit seiner Familie in Istanbul, 2008 übersiedelte er nach Abu Dhabi. 2012 kehrte er nach Deutschland zurück und ist in der politischen Redaktion der ›FAZ‹ vor allem für den Nahen Osten und die islamische Welt zuständig. Bei dtv sind von ihm erschienen: ›Wohin geht die türkische Gesellschaft?‹ (2008), ›Die Golfstaaten‹ (2011).

Rainer Hermann

ENDSTATION ISLAMISCHER STAAT?

Staatsversagen und
Religionskrieg in der
arabischen Welt

Deutscher Taschenbuch Verlag

Ausführliche Informationen über
unsere Autoren und Bücher
finden Sie auf unserer Website
www.dtv.de



Originalausgabe 2015

© 2015 Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch
auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Karten S. 136, 137: Huber Medien GmbH, München

Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen

Umschlagfoto: picture alliance/Kyodo

Gesetzt aus der Concorde 9,25/13,25pt

Satz: Bernd Schumacher, Friedberg

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-34861-4

Kein Frühling in Arabien.....7

Staatsversagen

Das Scheitern der postkolonialen Staaten..... 12

Versager: die Eliten..... 12

Verlierer: die Jugend 18

Die Proteste des Jahres 2011 20

Der Verlauf: jedes Land ist anders 20

Die Eruption: historische Umwälzungen 24

Staatszerfall

Staatlichkeit in Gefahr..... 28

Vakuum: ein Flickenteppich hybrider Ordnungen 28

Islam: Tyrannei ist besser als Anarchie..... 32

Diktatur oder Bürgerkrieg..... 34

Konterrevolution: Ägypten und die Golfstaaten 34

Bürgerkrieg: die syrische Katastrophe 40

Das große Schlachtfeld..... 50

Gescheitert: der Irak..... 50

Aufgelöst: die Grenze zwischen Syrien und dem Irak 53

Der »Islamische Staat«

Der Aufstieg des »Islamischen Staats« 58

Transformation: von al-Qaida zum »Islamischen Staat« 58

Siegeszug: Gründe für den militärischen Erfolg..... 65

Der totalitäre Staat.....	69
Totalitäre Herrschaft: Abschreckung durch Terror	69
Totalitäre Ideologie: Wahrheitsanspruch des Kalifats	77
Der Jihad gegen die Christen	83
Schlächter: Abu al-Banat, der Entführer der Bischöfe	83
Vertreibung: die orientalischen Christen	88
Der Krieg gegen den »Islamischen Staat«	94
Koalition: Mobilmachung	94
Kobane: Schicksalsschlacht	99
Die Fronten.....	103
Kurden: Schutzwall im Norden	103
Schiiten: Angriff von Süden	106
Ein Dreißigjähriger Krieg der Araber	
Die Schlachtordnung.....	110
Die Parallelen: 1618 und heute.....	110
Die Fronten: das Gedächtnis der Geschichte	113
Das Fehlen einer Ordnungsmacht.....	117
Die Regionalmächte: kaum Stabilisatoren	117
Der Westen kaum Einfluss	121
Endstation »Islamischer Staat«?.....	126
Anmerkung zur Umschrift arabischer Namen	132
Literatur.....	134
Karten	136
Register	138

KEIN FRÜHLING IN ARABIEN

Ein Schlüsseldatum in der Geschichte des »Islamischen Staats« ist der 4. Juli 2014. An jenem Freitag trat Abu Bakr al-Baghdadi erstmals an die Öffentlichkeit. Für seine »Kalifatspredigt« trug er das schwarze Gewand der abbasidischen Kalifen, die von 750 bis 1258 in Bagdad herrschten. Er predigte in Mossul, der zweitgrößten Stadt des Iraks. Doch mit seinem Namen Baghdadi, den sich der Iraker Ibrahim Awwad al-Badri zugelegt hat, macht er seinen Anspruch klar: Er will, wie die Abbasiden, in Bagdad als das Oberhaupt aller Muslime herrschen. In dem Video, das seine Predigt verbreitete, wird er als »Euer Kalif« vorgestellt, dem alle Muslime zu gehorchen verpflichtet seien. Wenige Tage zuvor hatte Baghdadi den »Islamischen Staat im Irak und in Groß-Syrien« in »Islamischen Staat« umbenannt, mit einem »Kalifen« an der Spitze. Zu der Zeit verbreitete die Propaganda des falschen Kalifen, dass der finale Kampf, der zum »Sieg über die Ungläubigen« führe, bald im Norden Syriens ausgetragen werde. Noch bevor diese Schlacht stattfindet, hinterlässt der IS mit Massakern und Massenhinrichtungen, mit Vertreibungen und der Versklavung »Ungläubiger« eine beispiellose Blutspur.

2011 hatte die Welt voller Hoffnung auf den »Arabischen Frühling« geblickt, drei Jahre später ist das Entsetzen groß. Ein »Arabischer Frühling« ist das nicht. Den Begriff hatte am 6. Januar 2011, noch vor dem Sturz von Zain al-Abidin Ben Ali in Tunesien und Husni Mubarak in Ägypten, der amerikanische Politologe Marc Lynch vorschnell in die Welt gesetzt. Er eignet sich gut für Talkshows, verstellte aber den Blick auf das, was tatsächlich geschah; vor allem weckte er die unrealistische Erwartung, dass bald alles gut sein werde. Ist es aber nicht. Denn

die arabische Welt erlebt nicht eine Jahreszeit, sondern epochale Umwälzungen, und die stehen erst am Anfang. Sie holt Prozesse nach, die Europa längst hinter sich hat, und sie korrigiert dabei eigene Fehlentwicklungen aus dem 20. Jahrhundert. Neue Akteure drängen nach vorne, Staaten zerfallen, alte Eliten stemmen sich gegen jede Art von Wandel.

Das ist kein Frühling, sondern ein Bruch, es wird zerstört, um Neues zu schaffen. Der Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit wird begleitet von Gewalt und Terror. Syrien und der Irak sind das große Schlachtfeld und der Spiegel der großen Herausforderungen, denen die arabischen Gesellschaften gegenüberstehen: eine Konfessionalisierung, bei der Religion und Politik tief ineinandergreifen; eine Politik, die viele von der Teilhabe ausschließt und so den Boden für Abspaltungen bereitet; der Missbrauch von Macht und das Entstehen neuer, nichtstaatlicher Gruppierungen, die sich als gefährliche Akteure erweisen.

Der wichtigste dieser neuen Akteure ist der IS, der sich in dem Vakuum ausbreitet, das die gescheiterten Staaten Syrien und Irak hinterlassen. Er ist auch das Ergebnis der amerikanischen Invasion im Irak im Jahr 2003 und des Sturzes von Saddam Hussein. Die Amerikaner hatten übersehen, dass die Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein massiv die regionale Balance zugunsten Irans und des schiitischen Islams verschieben würde. Die irakischen Sunniten gingen in den Untergrund und paktierten mit al-Qaida. Die zweite Fehlkalkulation war, dass Saddams Sturz nahtlos in eine funktionierende, wohlhabende Demokratie überleiten würde und die Amerikaner den Irak rasch verlassen könnten. Stattdessen fiel das Land in einen Bürgerkrieg; die amerikanischen Truppen verließen das Land zu früh, und es gab keine Armee mehr, die sich dem IS hätte entgegenstellen können. Gescheitert ist der Krieg gegen den Terror. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 war die Zahl der weltweiten Jihadisten auf weniger als tausend geschätzt worden; heute liegt sie bei mehr als 50.000. Die meisten gehören in Syrien und im Irak dem IS an.

Die arabische Welt bietet eine große Bandbreite: Dem IS-Terror stehen die Freiheiten Dubais gegenüber; der Gegensatz zur Repression in Ägypten, die die Ära Mubarak weit übertrifft, ist der verheißungsvolle Sonderfall der tunesischen Demokratie. Wo sunnitische Extremisten herrschen, werden alle Minderheiten ausgelöscht – ob sie schiitische Muslime sind, muslimische Mystiker, Christen, Yeziden oder Schabak; wo aber säkulare Diktaturen die Macht ausüben, ob unter Assad in Syrien oder unter Sisi in Ägypten, überleben sie.

Vorbei sind die Zeiten, in denen sich der Westen in der Illusion wog, man bekomme im Nahen Osten schon Stabilität, wenn man nur auf Demokratie verzichte. Vom Sonderfall Tunesien abgesehen, gibt es nirgends Demokratie, und in den anderen Ländern eine bestenfalls scheinbare Stabilität. Die Alternative heißt heute Anarchie oder Diktatur. Viele Staaten, die nicht zerfallen, sind wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Denn in wenigen Regionen der Welt wächst die Bevölkerung so schnell wie in Arabien; bereits für ihre Bevölkerung heute können sie nicht ausreichend Arbeit schaffen. Es ist eine Frage der Zeit, bis diese Länder implodieren. Dann werden weitere Flüchtlingswellen die Küsten Europas erreichen, noch sehr viel mehr Flüchtlinge werden verzweifelt nach einem rettenden Ufer greifen, werden ihre Traumata und Konflikte mitbringen.

Was ist falsch gelaufen in der arabischen Welt, dass es so weit kommen konnte? Die These dieses Buches lautet, dass das Staatsversagen der Vergangenheit in der Gegenwart zu einem Staatszerfall führt. Der schafft Raum für den »Islamischen Staat« und entlädt sich in einem »Dreißigjährigen Krieg der Araber«. Die Staaten der arabischen Welt hatten sich, nachdem sie unabhängig geworden waren, zwar Merkmale und Institutionen von Staaten zugelegt, etwa Verfassungen, Justiz und Parlamente; sie blieben aber die Fassade für die Herrschaft einer Elite. Die Staaten dieser Eliten versagten jedoch bei den wichtigsten Aufgaben: Sie schlossen zu viele von jeglicher Teilhabe aus und waren daher keine gesellschaftliche Friedensordnung; auch boten sie kein

Netz sozialer Solidarität. Die Proteste des Jahres 2011 waren ein Aufbegehren gegen dieses Staatsversagen. Und sie stießen einen Staatszerfall an. Denn viele Menschen wollen diese Staaten, die ihnen keinen Nutzen gebracht haben, schlicht nicht mehr.

Sie brauchen aber Institutionen, die ihnen Sicherheit versprechen. Diese Aufgabe übernehmen die Religionsgemeinschaften, die somit eine Bedeutung erlangen, die sie lange nicht gehabt haben. Gesellschaftliche und politische Konflikte sind nun auch religiöse Konflikte. Das Vakuum, das der Staatszerfall erzeugt, füllen neue Akteure, von denen der IS der wichtigste und bedrohlichste ist. Parallelen zum Dreißigjährigen Krieg in Europa entstehen; wie damals in Europa vermischen sich heute in der arabischen Welt das Streben nach politischer Macht, die Dominanz von Glaubensfragen und die Bereitschaft zu Gewalt zu einem toxischen Gebräu. Niemand weiß, wann dieser »Dreißigjährige Krieg«, der erst begonnen hat, enden wird. Und er reicht bereits weit in unsere Gesellschaften hinein.

Die Gefahr des Jihadismus ist seit den 1980er-Jahren kontinuierlich gewachsen. Sie ist verknüpft mit den Stichworten Afghanistan, Bosnien, Irak und jetzt Syrien. In Afghanistan hatten noch überwiegend arabische Muslime gekämpft; wenn sie in Europa Asyl suchten, etwa in London, hatten sie weiter nur die Feinde in ihren Heimatländern im Blick. Durch den Krieg in Bosnien wurde der Jihad in den 1990er-Jahren auch für europäische Muslime interessant; sie ließen sich weiter in den Ausbildungslagern in Afghanistan ausbilden. Als die zerstört wurden, war von 2003 an der Irak der neue Magnet für die globalen Jihadisten; ihr Aktionsradius erweiterte sich durch den Jihad-Gürtel vom Irak über den Jemen und Somalia bis nach Mali. Nie zuvor hatte jedoch ein Konflikt eine solche Anziehungskraft wie der in Syrien, wo mindestens 3000 Muslime aus Westeuropa kämpfen. Viele werden kampferprobt und traumatisiert in ihre Gesellschaften zurückkehren – und dort eine Gefahr für die Sicherheit werden. In Syrien wächst eine neue Generation von Terroristen heran. Sie werden in einigen Jahren den Terrorismus nach Eu-

ropa tragen, ebenso wie der Terror aus Afghanistan mit ein paar Jahren Verzögerung zu den Anschlägen vom 11. September 2001 geführt hat. Auch wenn der Westen zur Beendigung der Kriege und Konflikte im Nahen Osten nicht viel beitragen kann, ein Abseitsstehen ist bei dieser Bedrohungslage keine Option.

STAATSVERSAGEN

Das Scheitern der postkolonialen Staaten

Versager: die Eliten

Der Beginn der Moderne glich in der arabischen Welt einem Dambruch. Über Jahrhunderte hatte die arabisch-islamische Welt vor sich hingedämmert, hatte nur wenig Kontakt zur Außenwelt. Dann brach Napoleons Expedition nach Ägypten im Jahr 1798 in den Stillstand ein, eine Zeitenwende begann. Von da an drangen europäische Institutionen und Methoden auf allen Ebenen in die islamische Gesellschaft und veränderten sie grundlegend. Dann brach 1918 der Schutzschirm des Osmanischen Reichs über einer Welt weg, die seit der Expansion des Islams im 7. Jahrhundert keine Grenzen gekannt hatte. Große islamische Reiche hatten sich abgelöst – auf die Omayyaden folgten die Abbasiden, auf die Mamluken die Osmanen. Anders als im Europa jener Zeit reisten die Menschen frei in diesen Reichen. Anders als in Europa bildeten sich jedoch keine Nationen.

Die Araber übernahmen zunächst die Institutionen und Methoden der Europäer. Denn sie erkannten, dass sie ohne eine schlagkräftige Armee Europa nie ebenbürtig sein würden. Das setzte eine lange Kette von Veränderungen in Gang. Wer eine moderne Armee haben will, braucht eine moderne Bürokratie, die Steuern erhebt und Soldaten rekrutiert. Dann braucht ein moderner Staat ein Recht, das die Bürger gleichstellt, eine Wirtschaft, die alle ernährt, und ein Bildungswesen, das modernes Wissen vermittelt. Dabei blieb es nicht. Auf die Niederlage im

Ersten Weltkrieg folgte die Auflösung des Osmanischen Reichs. Nun verordneten die siegreichen Kolonialmächte der arabisch-islamischen Welt auch noch neue Staaten. Sie zogen die Grenzen so, dass sie ihren strategischen Interessen dienten. 1916 legten der Franzose François Georges-Picot und der Engländer Mark Sykes die Grenzen der neuen Staaten in der Levante fest, schufen so Syrien und den Irak, Palästina und Jordanien.

Nationen mit eigenen Identitäten hatte es nur in wenigen Regionen der arabischen Welt gegeben, etwa in Ägypten und in Tunesien. In den anderen Regionen waren zu den neuen Staaten erst noch Nationen zu formen. Das geschah nicht unbedingt mit der Zustimmung der Bevölkerung. Denn die Menschen hatten in vormoderner Zeit mit einer großen lokalen Autonomie gelebt. Nun wurden sie in einen zentralisierten Staat eingebunden, der alle Kompetenzen an sich zog und sich daranmachte, eine für alle verbindliche nationale Identität zu schaffen. Diese zentralisierten Staaten scheiterten aber bis auf wenige Ausnahmen mit diesem Projekt.

Der Geburtsfehler der Moderne im Nahen Osten war der Irrglaube, dass der Staat, wie ihn der Westen hervorgebracht hatte, die Moderne verkörperne. Ob in der Türkei Atatürk, in Persien Reza Schah Pahlawi oder der Ägypter Nasser: Sie alle glaubten, dass sie über den Staat die Moderne zu sich holen könnten. Ihre autoritären Regime sollten die Abkürzung sein, um zur Moderne zu gelangen. Sie verordneten sie von oben herab, und ihr Weg führte in eine unfreie Moderne.

Entstanden waren die neuen Staaten durch die Kolonialmächte. Von ihnen übernahmen die neuen Herrscher auch westliche Methoden und Institutionen. Sie erlaubten dem neuen Staat, despotischer denn je zu sein. Die Bürokratie festigte den Zugriff auf die Menschen, die moderne Technik ermöglichte eine landesweite Kontrolle und die Modernisierung des Sicherheitsapparats erstickte dissidente Stimmen. Der moderne arabische Staat hatte mehr Macht als alle seine Vorgänger.

Die politischen Institutionen, die diese Staaten übernahmen,

blieben Dekoration – mit einer Verfassung und Wahlen, mit einem Parlament und einer Opposition, mit einer Exekutive und einer Justiz. Solche Institutionen nährten die Illusion, dass die Länder letztlich so funktionierten wie die, aus denen diese Institutionen importiert wurden. Sie blieben aber Fassade. Wahlen waren nie frei, ein Wettbewerb von Parteien fand nicht statt und der Begriff »Volk« reduzierte sich auf dessen Mobilisierung für den starken Führer. Hinter der Fassade waltete ein effizienter Sicherheitsapparat. Er hatte die Aufgabe, die Eliten zu schützen und deren Macht zu erhalten. Offiziell begründeten sie die Notwendigkeit einer starken Armee und effizienter Polizeidienste mit der Gründung des Staats Israel 1948 und dem permanenten Kriegszustand mit Israel.

Mit der Unabhängigkeit bildeten sich in den jungen Staaten an der Spitze der Machtpyramide neue Eliten. Die Armeen lösten die alten Aristokratien an der Spitze der Macht ab. Sie boten den unteren Schichten erst die Chance für einen sozialen Aufstieg und dann die Gelegenheit, nach der Macht zu greifen. So putschten die sozialen Aufsteiger in vielen Staaten. In Libyen herrschte seit 1969 Gaddafi, in Syrien seit 1970 die Familie Assad, im Jemen Ali Abdullah Saleh seit 1978 und in Ägypten seit 1981 Husni Mubarak, der dritte General an der Staatsspitze Ägyptens seit dem Putsch von 1952.

Die Armee und die Sicherheitsdienste wurden das Rückgrat der neuen Elite; zu ihr gehörte auch die Bürokratie, die über Protektion und die Verteilung von Ressourcen die Gruppen an den Staat band, die einen Beitrag zu dessen Stabilisierung leisten können. Dazu gehörten Unternehmer, die vor Wettbewerb geschützt werden, und islamische Religionsgelehrte, die zu Loyalität gegenüber dem Staat aufriefen. Die jungen Staaten finanzierten sich nur zu einem geringen Teil aus Steuereinnahmen. Im Vordergrund standen die Möglichkeiten des Rentierstaats. Das sind für Ägypten die Einnahmen aus dem Suezkanal und die internationalen Finanz- und Militärhilfen, für die Ölstaaten der Ölexport.

Nie waren die Eliten also auf Steuerzahler angewiesen, und so mussten sie auf die Gesellschaft keine Rücksicht nehmen. Die Folge war eine Abkoppelung der Elite von der Gesellschaft. Um zu überleben, brauchte die Elite die Gesellschaft nicht, und im Gegenzug hatte die Gesellschaft von dem Staat kaum einen Nutzen. Im Gegenteil, der autoritäre Staat unterdrückte sie ja. Die Eliten rechtfertigten diese Repression mit ihren neuen Ideologien.

Im Osmanischen Reich waren die Araber noch ein assoziiertes Staatsvolk. Der aggressive türkische Nationalismus der Jungtürken führte Anfang des 20. Jahrhunderts aber zum Entstehen des arabischen Nationalismus. Die großen Entwürfe des Panarabisten Gamal Abd al-Nasser sowie der Baath-Partei beherrschten über Jahrzehnte den politischen Diskurs. Ihre Doktrin lautete, dass die Araber erst dann wieder an ihre historische Größe anschließen würden, wenn ein starker Staat sie eine. Sie ließen daher der Gesellschaft keinen Freiraum, und sie nahmen nicht zur Kenntnis, dass sie in einer pluralistischen Welt lebten.

Die Diktatoren scheiterten – politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt militärisch gegen Israel. Ägypten hatte 1960 das gleiche Einkommen je Einwohner wie Südkorea, Syrien war sogar reicher als Südkorea. Es folgten fünf Jahrzehnte, in denen das Pro-Kopf-Einkommen Südkoreas um das Fünffache über dem Ägyptens lag, die Einwohnerzahl Südkoreas hatte sich verdoppelt, die Ägyptens verdreifacht. Der ägyptische Sicherheitsstaat hatte keinen Wohlstand geschaffen; staatliche Dienstleistungen wie Schulen und Krankenhäuser waren zwar kostenlos, aber überfüllt und düster; ein Wahlzirkus, den jeder durchschaute, zementierte die Macht.

Ein-Parteien-Herrschaften, die sich nur dank der Repression sicher wähnten, hatten nicht nur in Ägypten Monarchien abgelöst. Diese neuen postkolonialen Staaten brachten Machtpyramiden hervor, die sklerotisch erstarrten: Erfolg war und ist an politische Protektion geknüpft; Parlamente und Medien sind Instrumente der Machtsicherung, nicht Foren des Dialogs; der Staat ist korrupt, die Polizei brutal; *crony capitalism*, in dem

persönliche Beziehungen jene mit guten Beziehungen bevorzugen, statt *good governance*, also einer guten Regierungsführung. Gescheitert sind die Ideologien des arabischen Nationalismus und des arabischen Sozialismus, die mit diesen Pyramiden der Macht verknüpft werden.

Ihr Scheitern bahnte den Islamisten den Weg. Alle Unterdrückung half nichts. Der Islamismus wurde die einzige Alternative zu den gescheiterten säkularen Diktaturen. Der arabische Nationalismus und auch der Islamismus sind supranationale Ideologien, die fordern, die willkürliche Grenzziehung und Staatenbildung durch die Kolonialmächte zu überwinden. Erst als in der Gegenwart die fehlende Legitimation der jungen Staaten offensichtlich geworden ist, wurde aber das Auseinanderbrechen von Staaten ein Thema. Ägypten hat, wie andere arabische Staaten in Nordafrika, eine eigene Identität und stabile Grenzen, ist also wenig gefährdet. Der fruchtbare Halbmond und Mesopotamien hatten hingegen vor dem Ersten Weltkrieg keine eigene Geschichte. Die danach willkürlich gezogenen Grenzen haben zufällige Staatszugehörigkeiten geschaffen; mit den ethnischen und konfessionellen Siedlungsgebieten deckten sie sich nicht.

Das Osmanische Reich war der letzte legitime Staat im Nahen Osten. Was folgte, konnte nie mehr ein so großes Maß an Legitimität erzeugen, dass sich eine große Mehrheit der Bürger mit dem Staat identifizierte. Nirgendwo gab es einen Gesellschaftsvertrag, der seinen Niederschlag in einer Verfassung gefunden und alle Bürger zum Staatsvolk gemacht hätte. Das Ergebnis waren Staaten, die aufgrund der vom Westen übernommenen Institutionen wie moderne Staaten aussahen. Die Eliten brauchten diesen Staat, da er ihnen *dolce vita* ermöglichte, sie brauchten die Gesellschaft aber nicht. Die Bevölkerung hatte im Gegenzug vom Staat und den Eliten nichts zu erwarten. Sie hatte auch nie die Chance zu partizipieren. Polizeistaaten beschützten die herrschenden Eliten vor ihren »Bürgern«.

Die Mitglieder der Gesellschaft waren aber nie Bürger in un-

serem Sinne. Den Unterschied zeigt bereits die arabische Sprache. Das Arabische gebraucht für »Bürger« die Vokabel *muwatīn*. Sie ist von *watan* abgeleitet, was »Geburts- und Wohnort« bedeutet. Der *muwatīn* ist damit ein Mitbürger im Sinne eines Landsmanns, nicht aber ein Staatsbürger im modernen liberal-demokratischen Sinn. Die Eliten haben sich gegenüber dem *muwatīn* auch stets so verhalten. Ein stummer *muwatīn* darf er sein, Opposition gegenüber den Eliten ist aber nicht erlaubt. Die Bürger eines arabischen Staats waren also nie gleichberechtigt, hatten nie die gleichen Chancen wie die Angehörigen der Eliten, nicht im Alltag, nicht vor den Gerichten.

Bei uns ist Bürger, wer um die Burg wohnt, und Politik wird um die *polis* gemacht, im öffentlichen Raum, in dem sich die freien Bürger austauschen. Das Äquivalent zu Politik heißt auf Arabisch *siyasa*. Der Begriff steht nicht für die Interaktion der freien Bürger, sondern für Macht. Abgeleitet ist er von einem Verb, das »ein Pferd pflegen oder zähmen« bedeutet. Das Pferd ist ein Symbol der Macht. Wer reitet, herrscht. Unsere Politik ist an Freiheit geknüpft, *siyasa* aber an den Herrscher, und dessen Untertan ist der *muwatīn*. Ein Anspruch auf gesellschaftliche oder gar politische Vertretung ist damit nicht verbunden. Der Begriff »Bürger« assoziiert hingegen dessen Teilnahme an den Belangen der »Burg«, mit der er sich identifiziert, also auch mit dem Staat. Er ist ein »Staatsbürger«.

Das hat gravierende Folgen. Denn dieser arabische Staat erfüllt in der Gegenwart, trotz der dekorativen modernen Elemente, zentrale Kernaufgaben eines modernen Staats nicht: Er war nie eine Solidargemeinschaft. Wann immer jemand in Not geriet, ob durch Arbeitslosigkeit oder durch Krankheit: Der Staat half nicht; wohl aber halfen die Familie, die Nachbarn und natürlich die eigene Religionsgemeinschaft. Zudem stifteten die Staaten keinen gesellschaftlichen Frieden. Denn die Machthaber dachten stets in den Kategorien des Nullsummenspiels. Der Stärkere nimmt alles, für den Unterlegenen bleibt nichts. Die Machthaber fürchteten, Macht zu verlieren, wenn andere mächtiger werden

sollten. Also konzentrierten sie so viel Macht wie möglich in ihrer Hand und drückten andere an den Rand. So hatte im Irak erst der Sunnit Saddam Hussein die Schiiten verfolgt, danach drängte der von 2006 bis 2014 regierende schiitische Ministerpräsident Nuri al-Maliki die Sunniten an den Rand.

Nur ein kleiner Schritt ist es von der Erkenntnis der Untertanen, dass ein solcher Staat ihnen keinen Nutzen stiftet, bis zur Absicht, nicht länger an ihm festzuhalten. Lange fügten sich diejenigen defätistisch, die von den Segnungen des Staats ausgeschlossen sind. Im Jahr 2011 begehrten die Menschen dann erstmals gegen ihre Staaten auf.

Verlierer: die Jugend

Die Verlierer dieser Ordnung sind die Jugendlichen, die um ihre Zukunft betrogen sind, und alle, die diese Ordnung ausschließt. Nirgends ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie in der arabischen Welt. Jeder zweite Jungakademiker findet keine Arbeit, und 2011 hatte der Internationale Währungsfonds errechnet, dass in der arabischen Welt 40 Prozent der Arbeitslosen zwischen 15 und 24 Jahre alt sind, in Ägypten und Syrien sind es sogar 60 Prozent. Wie rasch die Zeitbombe tickt, zeigt eine andere Zahl: In Deutschland ist die Hälfte der Bevölkerung 44 Jahre alt und jünger, in der arabischen Welt ist die Hälfte der Bevölkerung aber jünger als 24 Jahre.

Die demografische Entwicklung erhöht den Druck. So haben die 80 Millionen Ägypter halb so viele Kinder wie die 500 Millionen Europäer, und die Bevölkerung der 22 Staaten der Arabischen Liga soll sich bis zum Jahr 2050 auf 700 Millionen verdoppeln. Dabei leben bereits heute 100 Millionen unter der Armutsgrenze von 2 Dollar am Tag. Die Jugendlichen haben in ihrem täglichen Kampf für ein besseres Leben keine fairen Chancen. Denn das staatliche Bildungssystem ist schlecht, die Klassen sind zu groß, die Lehrer sind unmotiviert, Schule und

Universität bereiten nicht auf das Arbeitsleben vor; die Elite aber schickt ihre Kinder auf teure Privatschulen.

Das Bildungssystem ist dysfunktional, der Arbeitsmarkt ist es auch. Da sich die Wirtschaftspolitik nach den Bedürfnissen einiger weniger Unternehmer richtet, die zur Stabilisierung der Machtpyramide kooptiert werden, entstehen zu wenige Arbeitsplätze. Die Weltbank hatte 2010 errechnet, dass in der arabischen Welt bis zum Jahr 2020 mindestens 100 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen müssten, um den Jugendlichen, den jungen Akademikern und den Frauen eine Perspektive zu geben. Das geschieht aber nicht. Von 1980 bis 2008 sind die aufstrebenden Länder Asiens jährlich im Durchschnitt um 5 Prozent gewachsen, die Weltwirtschaft wuchs jährlich um 2 Prozent, die arabischen Staaten aber nur um 0,2 Prozent. Sie ließen damit die Chancen der Globalisierung ungenutzt. Betrogen ist die Jugend, zumal die Früchte des ohnehin geringen Wachstums sehr ungleich zugunsten der Elite verteilt werden.

Die jungen Araber wissen um die Defizite ihrer Staaten. Steve Jobs, der Gründer von Apple, ist auch in der arabischen Welt eines der Idole. Sein leiblicher Vater war Syrer. Nach seinem Tod verbreitete eine junge Syrerin im Internet, es sei zum Wohle der Menschheit gewesen, dass der Vater den Sohn nicht nach Syrien mitgenommen habe. Dort hätte sich seine Genialität nicht entfalten können. Gerade die Jugend der aufstrebenden Mittelschicht fühlt sich ihrer Chancen und Zukunft beraubt.

Sie identifiziert sich nicht mehr mit ihren Regimen, sie ist besser ausgebildet, als ihre Väter es waren, und weiß über die Welt Bescheid. Sie misst sich nicht an ihren Staaten, sondern an der Welt; sie ist der Diktaturen überdrüssig, fordert ein besseres Leben und Freiheit. Druck hat sich über Jahrzehnte im Kessel aufgestaut. Die Regime öffneten aber kaum ein Ventil, um den Druck abzulassen. Stattdessen setzte sich die Spirale nach unten fort, wirtschaftlich wie gesellschaftlich.

Doch ausgeschlossen aus der Ordnung ist nicht nur die Jugend. In Ägypten waren es Islamisten wie die Muslimbrüder (und sind

es wieder); von Jahr zu Jahr unzufriedener waren aber auch die Arbeiter. Ihre Frustration entlud sich von 2006 an immer häufiger in Streiks. Denn die schlecht geführten Staatsbetriebe zahlten nur karge Löhne, die weit hinter der Inflation zurückblieben, so dass die Arbeiter ihre Familien kaum ernähren konnten. Auch die privaten Unternehmer, die Teil des Machtapparats sind, zahlen nur niedrige Löhne. So musste am Vorabend der Proteste des Jahres 2011 in den Staaten Nordafrikas jeder dritte Beschäftigte von weniger als 2 Dollar am Tag leben, war also unter die Armutsgrenze gefallen.

Die regierenden Militärs denken in den Kategorien der Sicherheit, mit Verachtung blicken sie auf das bürgerliche Wirtschaften. Sie interessiert allein, sich Pfründe und Monopole zu sichern. Die Folge war, dass in den Jahren, die auf die Zäsur von 2011 hinführten, selbst die Philippinen mehr industrielle Güter exportiert hatten als die gesamte arabische Welt. Kein arabisches Land gehört den dynamisch wachsenden Schwellenländern der BRIC an – der Gruppe von Brasilien, Russland, Indien und China. Von guter Regierungsführung konnte nirgends die Rede sein; kein Staat legte gegenüber seiner Bevölkerung Rechenschaft über sein Handeln ab.

Und so wuchs eine verlorene, ausgeschlossene und betrogene Generation heran.

Die Proteste des Jahres 2011

Der Verlauf: jedes Land ist anders

Einer, der für sich keine Zukunft mehr sah, war der Tunesier Muhammad Bouazizi. Er übergoss sich am 17. Dezember 2010 in seiner Heimatstadt Sidi Bouzid mit Benzin und zündete sich an. Seine Tat war der Funke, den die arabische Jugend gebraucht hat, um ihre über viele Jahre aufgestaute Frustration zu entladen. Nicht eine Ideologie trieb ihn zu seiner Verzweiflungstat,